

# Inhalt

## **1 Einführung** **1**

## **2 Bausteine für Klimagerechtigkeit** **19**



### **Gerechte Wohnraumverteilung**

**27**

Der Wohnraum pro Kopf nimmt in Deutschland zu, wodurch auch der Energiebedarf steigt. Gleichzeitig ist Wohnraum ungleich und ungerecht verteilt. Auf einem profitorientierten Wohnungsmarkt besteht allerdings kein Interesse daran, Wohnraum sozial und umweltgerecht zu verteilen. Mit der Vergesellschaftung von Wohnraum kann die Umsetzung dieser Ziele ermöglicht bzw. maßgeblich beschleunigt werden.



### **Autofreie Städte**

**47**

Unsere Städte wurden für Autos gebaut – mit gravierenden Folgen für das Leben der Stadtbewohner\*innen und -besucher\*innen. Mit mehr Fokus auf die Menschen können wir Lebensqualität, saubere Luft, Platz für Begegnung, Sicherheit und mehr Klimagerechtigkeit gewinnen. Dazu müssen wir die Zahl der Autos in Städten drastisch reduzieren.



### **Progressive Energietarife**

**73**

Anstelle neuer fossiler Energieprojekte braucht es in der Energiekrise eine Energie-Grundversorgung für alle: Progressive Tarife mit Preisdeckelung für den Grundbedarf, Umverteilung von Profiten, gezielte Drosselungen und Umbau von industrieller Produktion und Investitionen in die Wärmewende.

## 2 Bausteine für Klimagerechtigkeit



### Arbeitszeitverkürzung

Kollektive Arbeitszeitverkürzung auf 28h und eine 4-Tage-Woche ist ein zentrales Element einer sozial-ökologischen Transformation. Durchgeführt bei vollem Lohnausgleich und mit Personalausgleich ist sie ein essentieller Beitrag zu Umverteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen.



### Gerechte Bodenpolitik

Landwirtschaftliche Böden in Deutschland sind sehr ungleich verteilt, außerlandwirtschaftliche Investoren und Großbetriebe nutzen Boden zunehmend als Spekulationsobjekt. Das lässt die Bodenpreise steigen und führt zur Konzentration von viel Fläche in den Händen weniger, profitorientierter Akteure. Gerechte Bodenpolitik hat zum Ziel, den Bodenmarkt zu demokratisieren, Land nach sozialen und ökologischen Konzepten zu vergeben und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen.



### Sozial-ökologische Steuerpolitik

Aktuell ist das deutsche und internationale Steuersystem durch zahlreiche umweltschädliche Subventionen, Steuerprivilegien für Superreiche sowie Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher für große Konzerne ungerecht, klimaschädlich und demokratiegefährdend. Durch sozial-ökologische Steuerreformen können Ungerechtigkeiten abgebaut sowie ökologische Lenkungswirkungen und umverteilende Effekte gefördert werden.

## 2 Bausteine für Klimagerechtigkeit



### Klimaschulden und Reparationen

217

Klimaschulden bezeichnet den Umstand, dass die frühindustrialisierten Länder ihren Wohlstand nicht nur über die Ausbeutung von Arbeitskraft und kolonialen Raub angehäuft haben, sondern eben auch über die Aneignung von Naturressourcen – etwa der Atmosphäre, in die über Jahrhunderte CO<sub>2</sub> ausgestoßen wurde.



### Soziale Garantien

249

Grundeinkommen und andere soziale Garantien befördern soziale Gleichheit und bringen soziale Sicherheit für alle. Sie minimieren die Ängste vor den notwendigen Veränderungen und erhöhen die Bereitschaft für diese Veränderungen, die mit der sozial-ökologischen Transformation einhergehen müssen..

## 3 Klimagerechtigkeit und ... 280

... **Sorgearbeit** 280

... **Digitalisierung** 300

... **transformative Bildung** 320



# 1. Einführung



*Klimakrise, Artensterben, ein menschenverachtender Umgang mit Geflüchteten, Pandemie und Kriege – die letzten Jahre zeigen uns mehr als deutlich, was es heißt, in Zeiten multipler Krisen zu leben.*

*Die Krisenpermanenz führt uns vor Augen, wie eng soziale und ökologische Herausforderungen zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen, und wie dringend es ganzheitliche Antworten braucht.*

*Viele dieser Zusammenhänge fließen im Begriff der **Klima(un)gerechtigkeit** zusammen. Ob steigende Preise für Lebensmittel und Energie, extreme Hitze, Dürren, Ernteaufschläge oder Überschwemmungen: Die Folgen dieser Krisen treffen nicht alle Menschen gleich.*

*Sie verschärfen soziale Ungleichheit und machen Umverteilung und einen fairen Umgang mit Ressourcen global und innerhalb von Gesellschaften noch wichtiger.*

# Klimagerechtigkeit

Wenn wir über die Klimakrise sprechen, ist oft zunächst von naturwissenschaftlichen Problemen die Rede. Treibhausgase erhitzen die Atmosphäre, Klimazonen verschieben sich, Ökosysteme können sich der schnellen Veränderung kaum anpassen, Spezies sterben aus, Extremwetterereignisse verwüsten Landschaften und Städte, Menschen sterben oder verlieren ihre Lebensgrundlage. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: **Die Menschheit muss ihren Ausstoß an Treibhausgasen drastisch reduzieren.**

## »Die Menschheit« ? Sitzen wir alle im gleichen Boot ?

Die reichsten Länder der Welt tragen historisch die größte Verantwortung für die Klimakrise. Auf der Liste der historischen Emissionen steht Deutschland auf **Platz 4**, obwohl heute mit 84 Mio. Menschen nur ca. 1% der Weltbevölkerung hier lebt. Länder des Globalen Nordens haben jahrhundertlang ihre Wirtschaft mit fossilen Energieträgern und unter Ausbeutung von Ressourcen betrieben. Besonders stark sind von dieser Ausbeutung Menschen und Natur in Ländern des Globalen Südens betroffen.

Gleichzeitig leiden Länder des Globalen Südens stärker unter der Klimakrise. Obwohl sie weniger Verantwortung tragen, sind sie stärker betroffen und haben oftmals geringere Anpassungskapazitäten. **Auf dieses Ungleichgewicht legt die Forderung nach Klimagerechtigkeit den Fokus.** Klimagerechte Politik bedeutet also neben der Reduktion von Emissionen auch den aktiven Abbau (globaler) sozialer Ungleichheit und ausbeuterischer Wirtschaftsstrukturen.

Besonders wichtig ist die Rolle indigener Gesellschaften. UN-Berichte kommen zu dem Schluss, dass sich 80% aller Tier- und Pflanzenarten



auf indigenen Territorien befinden, die ein Viertel der Landfläche der Erde ausmachen. **Der Schutz indigener Landrechte ist also Kern von klimagerechter Politik.** Indigene Gesellschaften, die für ihre Landrechte und für Biodiversität eintreten, werden daher oft als zentrale Kräfte der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung bezeichnet.

In all diesen Krisen zeigt sich auch, wie anfällig, ungerecht und undemokratisch unser wachstumsbasiertes, profitorientiertes und globalisiertes Wirtschaftssystem ist. Statt guter und gerecht verteilter Gesundheitsversorgung, einer menschenrechtskonformen Aufnahme von Geflüchteten und sozialer Umverteilungspolitik erleben wir, wie mit Milliardenhilfen Airlines gerettet werden, Sprit subventioniert und in die fossile Rüstungsindustrie und LNG-Terminals investiert wird. Als Antwort auf die Klimakrise werden von Wirtschaftsverbänden grundsätzlich nur solche Lösungen propagiert, die neue Wachstumsmärkte in Aussicht stellen – selbst wenn es sich um bloße Scheinlösungen wie ein breiter Einsatz von E-Fuels, CO<sub>2</sub>-Ausgleichszertifikate oder eine überdimensionierte Wasserstoffindustrie handelt. Für Klimagerechtigkeit braucht es aber strukturelle Veränderungen, denn Klimazerstörung ist eng mit der Funktionsweise unseres Wirtschaftssystems verbunden. In der parlamentarischen Politik fehlen hierfür Konzepte und Umsetzungsperspektiven – und meist auch der Wille, diese voranzubringen. Hier wollen wir mit unserem Buch ansetzen und zur Durchsetzung solcher transformativen gesellschaftlichen Projekte beitragen.

Unser übergreifendes Ziel ist eine lebenswerte Zukunft für Alle. Wie diese Zukunft aussehen könnte, haben wir als *Konzeptwerk* mit vielen Partner\*innen in einem früheren Projekt formuliert – als Utopie für das Jahr 2048. Das dazugehörige Buch → Zukunft für Alle erschien 2020 und steht online kostenfrei zu Verfügung. Es verdeutlicht: Für eine klimagerechte Zukunft ist eine grundlegende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft notwendig.

Doch 2048 ist noch weit weg. Wenn wir konkrete Utopien ins Auge fassen, müssen wir natürlich auch Wege dorthin finden, die im Hier und Jetzt beginnen. Das ist die Idee der → Bausteine für Klimagerechtigkeit. Wir möchten klimapolitisch wirksame Maßnahmen für einen sozial-ökologischen Umbau in den nächsten 5-10 Jahren vorstellen, zusammengestellt gemeinsam mit Akteur\*innen aus sozialen Bewegungen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Gewerkschaften. Die exemplarisch ausgewählten Maßnahmen sind im Grunde jede für sich ein gesellschaftliches Transformationsprojekt. Sie zeichnen sich durch drei Eigenschaften aus, die wir mit den Begriffen *transformativ*, *solidarisch* und *machbar* beschreiben.

→ ***Transformativ sind diese Maßnahmen insofern, als dass sie auf strukturelle Veränderungen unseres wachstumsbasierten, profitorientierten und globalisierten Wirtschaftssystems zielen.***

Das derzeit dominante Leitbild der Krisenbearbeitung ist der einer »ökologischen Modernisierung«. Die Aufgabe der Politik wird dabei so verstanden, private Wirtschaftsakteur\*innen darin zu unterstützen, über technische Innovationen für ökologische Nachhaltigkeit zu sorgen. Mit »grünem« Wachstum soll es dann weitergehen wie bisher – dabei ist die versprochene dauerhafte Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Verbrauch natürlicher Ressourcen unrealistisch. Zudem ignoriert der Ansatz die



komplexen sozialen Krisenzusammenhänge. Unsere Vorschläge dagegen wollen die sozialen Beziehungen und Verhältnisse verändern, innerhalb derer wir leben und wirtschaften. Sie setzen im Hier und Jetzt an, aber enthalten einen gewissen utopischen Überschuss: Sie weisen über das Bestehende hinaus und etablieren oder fördern ein solidarisches Miteinander in der Wirtschaft. Statt um Marktmechanismen geht es um den Aufbau wachstumsunabhängiger Strukturen.

## Kritik an ökologischer Modernisierung / grünes Wachstum

Im politischen sowie gesellschaftlichen Mainstream wird die Klimakrise immer noch vor allem als technisches Problem begriffen, das im politischen »Normalbetrieb« allein durch Infrastrukturpolitik – durch mehr erneuerbare Energie, Wasserstoff, Elektroautos etc. – gelöst werden könne, ohne dass sich die Lebens- und Produktionsweise ändern müsste. Diese Strategie der ökologischen Modernisierung ignoriert einerseits **die Grenzen der Entkopplung von wirtschaftlicher Aktivität und Umweltzerstörung**, andererseits die **zahlreichen Verbindungen zwischen Klimakrise und sozialen Problemen**. Damit droht sie nicht nur aus klimapolitischer Sicht zu scheitern, sondern andere Probleme zu verschärfen. Beispiele hierfür sind der Rohstoffverbrauch, um etwa die gesamte Autoflotte durch E-Mobile auszutauschen oder die neokolonialen Vorstellungen, dass andere Länder genug Wasserstoff für die deutsche Wirtschaft bereitstellen werden.

→ ***Solidarisch sind die ausgewählten Vorschläge, weil sie die Klimakrise im Kern als soziale Krise begreifen und auch als solche lösen wollen.***

Denn je mehr Zerstörung durch die Klimakatastrophe droht, umso unerlässlicher wird die gerechte Verteilung von Ressourcen, um dennoch ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Das gilt nicht nur im nationalen Rahmen, sondern global. Hier rückt die notwendige Erreichung von Nullemissionen – nicht einfach nur Klimaneutralität – in den frühindustrialisierten Ländern zu oft in den Hintergrund. Stattdessen werden etwa CO<sub>2</sub>-Ausgleichsprojekte erdacht, die nicht nur in ihrer ökologischen Wirkung höchst fragwürdig sind und den notwendigen strukturellen Umbau verzögern, sondern auch neue Ungerechtigkeiten schaffen – etwa indem indigene Gemeinschaften von ihrem Land vertrieben werden. Nur Maßnahmen, die mit diesen Prinzipien brechen, können unsere Gesellschaft wirklich gerechter, demokratischer, nachhaltiger und resilienter gegenüber Krisen machen. Unsere Ansätze folgen darum einem globalen Gerechtigkeitsanspruch, der klimapolitisch zuerst eine schnelle radikale Senkung von Emissionen im Globalen Norden und also auch in Deutschland erfordert. Und sie schlagen konkrete Solidaritätsmaßnahmen vor, die gleichzeitig ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit bedeuten.

→ ***Machbar sind unsere Vorschläge in zweierlei Sinn. Zum einen, weil sie auf gesellschaftliche statt technische Innovationen fokussieren.***

Die Szenarien des Weltklimarats zur Klimastabilisierung setzen in großem Maße auf sogenannte Negativemissionstechnologien, die bisher nur in Ansätzen entwickelt sind und vielleicht nie großflächig einsatzbereit sein werden. So sollen in Zukunft die heutigen Emissionen wieder ausgeglichen werden – eine äußerst

riskante Rechnung.<sup>1</sup> Unsere Ansätze dagegen setzen auf gesellschaftliche Veränderungen, die physikalisch und ökonomisch realisierbar sind und deren Beitrag zu einer höheren Lebensqualität für die meisten Menschen einleuchtend ist.



***Zum anderen sind diese Ansätze machbar, weil sie als Einstiegsprojekte in eine Transformation konkrete nächste Schritte für die kommenden Jahre vorschlagen.***

Diese könnten bis 2030 in erheblichen Teilen realisiert sein, ohne bereits ein grundlegend anderes Wirtschaftssystem vorauszusetzen – und würden gleichzeitig zu dessen schrittweiser Entwicklung beitragen. Wir zeigen auf, welche verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte sich bereits für die Maßnahmen einsetzen oder potentiell gewinnen lassen, und formulieren Ansätze für die gesellschaftliche Durchsetzung der Maßnahmen im Rahmen zivilgesellschaftlicher Bündnisse.

---

<sup>1</sup> Zu den Risiken hat Linda Schneider bei der *Heinrich-Böll-Stiftung* einen aufschlussreichen Artikel veröffentlicht: → 1,5-Grad-Bericht des Weltklimarates: Fokus auf striktes Klimaziel ohne »Overshoot«. (10.10.2018)

# Theorie der Transformation

Doch was meinen wir eigentlich mit dieser Transformation? Wie wollen wir dort hinkommen? Und wieso eignen sich die in diesem Buch versammelten Maßnahmen dafür? Im Folgenden versuchen wir, unseren Transformationsansatz kurz zu skizzieren, um vor diesem Hintergrund die Vorschläge in den folgenden Kapiteln leichter nachvollziehbar zu machen.

Starke politische und wirtschaftliche Kräfte versuchen, den gesellschaftlichen Status Quo zu erhalten oder ihn nur im Sinne eines kontrollierten Prozesses schrittweise zu »modernisieren« – ohne dabei gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Hierarchien nennenswert zu verändern. In kapitalistischen Gesellschaften sind politische und wirtschaftliche Macht bekanntlich stark verschränkt: Wer Geld hat, hat Einfluss. Das Spektrum dieser Einflussnahmen ist dabei breit: Es umfasst den »sanften« Aufbau gesellschaftlicher Deutungsmacht über Bildungseinrichtungen, Think Tanks oder Medienunternehmen, die bestimmte Denkweisen und Überzeugungen verbreiten (*»Klimaschutz ist teuer«, »Sozialabgaben führen ins wirtschaftliche Elend«, »nur mit Wachstum können wir gut leben«*). Es beinhaltet aber auch das Drohen mit Investitions- und Kapitalstreik im Falle unliebsamer wirtschaftspolitischer Entscheidungen (*»dann verlagern wir die Arbeitsplätze ins Ausland!«*). Und es umfasst Großspenden an Parteien und lukrative Aufsichtsratsposten für Politiker\*innen. In einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaft können diese wirtschaftlichen und politischen Kräfte dabei auf tatsächliche Sachzwänge des globalen Wettbewerbs verweisen: Diese wirken zwar nicht so unvermittelt, dass sie jede politische Entscheidung diktieren müssten, doch ihre Kraft ist real. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einer nationalen Wirtschaft wirkt sich in diesem System unbestreitbar negativ auf das Leben der Bevölkerungsmehrheit im jeweiligen Land aus – zum Beispiel durch den Verlust von Industriearbeitsplätzen und daraufhin sinkende Lebensstandards.

Deutschland profitiert dabei noch von einer privilegierten Position in der internationalen Arbeitsteilung. Viele Branchen, die hochpreisige Spezialprodukte in alle Welt exportieren können, bleiben angesichts des Infrastrukturangebots und vieler hochqualifizierter Arbeitskräfte hier. Doch auch hierzulande mussten schon ganze Regionen die Abwanderung großer Industriezweige erleben, für die andere Standorte mit schwächerer gewerkschaftlicher Organisation und vergleichsweise niedrigeren Arbeitsschutz- und Umweltstandards attraktiver waren. Da die Ängste vor den Auswirkungen starker sozial- und umweltpolitischer Maßnahmen unter diesen Umständen nicht völlig aus der Luft gegriffen sind, ist es für Konservative umso leichter, sie weiter zu schüren und gegen konsequente Klimapolitik in Stellung zu bringen. Es sollte jedoch darum gehen, die Umstände zu verändern, unter denen die richtigen Entscheidungen so schwer fallen.

## Transformation

Wir benutzen den Begriff »sozial-ökologische Transformation« einerseits in Abgrenzung zu einem abrupten, gewaltvollen revolutionären Umsturz und andererseits zu einer rein reformistischen Veränderungspraxis, die z.B. Machtverhältnisse ausblendet. Die sozial-ökologische Transformation hat zum Ziel, sowohl **ideelle als auch materielle Verhältnisse tiefgehend zu verändern**. Transformative Bildung verändert das Denken der Menschen. Institutionen unserer Gesellschaft werden konsequent auf soziale und ökologische Ziele ausgerichtet und demokratisiert. Gleichzeitig ist das Ausprobieren von Alternativen und der Aufbau von Gegenmacht essentiell, um materielle Veränderungen zu bewirken (z.B. Genossenschaften, Solidarische Landwirtschaft, Gewerkschaften, soziale Bewegungen).



## Gegenmacht

Um gegen diese Widerstandskräfte transformative, emanzipatorische Veränderungen zu erreichen, braucht es starke gesellschaftliche Gegenmacht. Wir glauben dabei an die Kraft sozialer Bewegungen, gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen. *Fridays for Future* etwa schafften es nach der Gründung Ende 2018 in nur wenigen Monaten, die klimapolitische Debatte in Deutschland auf ein neues Niveau zu heben. Bewegungen sind aber auf Hebel für politische Veränderung angewiesen: Hebel, mit denen sie die eigene Kraft durch die vieler weiterer Menschen verstärken können, um an einer bestimmten Stelle konkrete Veränderungen zu erwirken und damit die Ausgangsbedingungen für ihr weiteres Handeln zu verbessern. Viel Aufmerksamkeit und Umfragemehrheiten für progressive Politikansätze sind zwar ein aufmunterndes Zeichen, nützen aber für sich noch wenig. Diese Mehrheiten müssen sich auch organisieren und ihre Positionen gemeinsam vertreten, um gezielten Druck auszuüben und die politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft insgesamt zu verschieben. Dabei können wir nicht davon ausgehen, dass alle Menschen zu Vollzeitaktivist\*innen werden. Es braucht auch Angebote und Kampagnen, die es vielen Menschen ermöglichen, politisch aktiv zu werden, ohne direkt ihr ganzes Leben dem Politaktivismus zu widmen.

Gleichzeitig ist es wichtig für Bewegungen und die ihnen verbundenen Menschen, gezielt in die Institutionen hineinzuwirken, die gesellschaftliche Denkmuster prägen: Schulen und Hochschulen, Vereine und Verbände, Verwaltungen und Religionsgemeinschaften, Medienanstalten und Kultureinrichtungen. Hilfreich kann dabei ein Zusammenspiel sein, in dem Bewegungen als »radikale Flanke« agieren und damit »moderateren« Akteur\*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik Spielräume öffnen – und diese auch ermuntern, im Angesicht fortschreitender Krisen mutiger vorzugehen. Soziale Bewegungen können also den

Kern gesellschaftlicher Gegenmacht bilden, die aber letztlich weit über sie hinausreichen muss.

Für diese Gegenmacht sehen wir zwei verknüpfte Pfade des transformativen Handelns, die sich im besten Falle gegenseitig unterstützen: das Schaffen von Freiräumen und die »revolutionäre Realpolitik«.



## Freiräume

Als Freiräume bezeichnen wir all die Orte und Strukturen, an denen Menschen solidarisch zusammenarbeiten und -leben, ohne ihr Handeln unmittelbar von kapitalistischen Sachzwängen leiten zu lassen. In ihnen wird versucht, Utopien vorwegzunehmen und andere Beziehungsformen auszuprobieren. Freiräume haben so eine Vorbildfunktion und lassen Ideen und Praktiken einer sozial-ökologischen Lebensweise für mehr Menschen anschaulich und erlebbar werden – seien es gemeinschaftliche Wohnprojekte, solidarische Landwirtschaftsbetriebe, spendenbasierte »Küchen für Alle« oder kollektiv betriebene Gesundheitszentren. Auch kommunale Einrichtungen können Freiraumqualitäten besitzen und sind häufig für mehr Menschen zugänglich, wenngleich es hier meistens einen erheblichen Demokratisierungsbedarf gibt.

Je mehr solcher Freiräume es gibt, desto eher können diese eine Basis für reale Autonomie bieten. Schon jetzt machen sie es vielen Menschen möglich, ihr Leben mit wenig Geld zu bestreiten. Gäbe es mehr dieser Infrastrukturen, könnten sie auch für die breitere Bevölkerung mehr Unabhängigkeit von kapitalistischen Wachstums- und Krisenzyklen bedeuten. Je mehr Grundbedürfnisse jenseits des Marktes erfüllt werden können, desto weniger begrenzen die Sachzwänge des Weltmarkts das politische Handeln. Argumente wie »Wir müssen alles auf die Interessen der Investor\*innen

*zuschneiden, sonst verlieren wir Arbeitsplätze und müssen alle hungern*« greifen dann nicht mehr. Das verbessert auch die Grundlage für realpolitische Fortschritte in allen Bereichen.

Natürlich sind Freiräume mitten in einer kapitalistischen Gesellschaft nie absolut frei von den Machtverhältnissen und Strukturen ihrer Umgebung, die sie in ihrer Existenz bedrohen. Viele Projekte, die in den 1970er Jahren entstanden, wurden so nach und nach von der kapitalistischen Realität eingeholt. Auch darum ist das Zusammenspiel mit einer transformativen Realpolitik so wichtig: Letztere kann auch das Ziel verfolgen, Freiräume zu erhalten, zu unterstützen und auszuweiten. So kann etwa auf kommunaler Ebene erreicht werden, dass lokale Kulturprojekte oder selbstverwaltete Jugendzentren gefördert werden oder Schulkantinen ihr Essen aus solidarischen Landwirtschaftsbetrieben beziehen.



## Revolutionäre Realpolitik

Die Beispiele deuten es schon an: So wichtig Veränderung im Kleinen, im Lokalen, in den Nischen ist, kann sie nicht den alleinigen Horizont des transformativen Handelns darstellen. Natürlich gilt es, auch auf höheren Ebenen die gesellschaftlichen Institutionen, Strukturen und Gesetze zu verändern. Nur wie lässt sich die theoretisch erkannte Notwendigkeit eines vollständig neuen Wirtschaftssystems mit der praktischen Notwendigkeit eines realpolitischen Zugangs verbinden, der schrittweise Veränderung aus dem Hier und Jetzt möglich macht – ohne dass diese Reformen bloß das bestehende System absichern?

Vor diesem Problem standen schon viele: So prägte Rosa Luxemburg einst den Begriff der »revolutionären Realpolitik«, den sie selbst eher beiläufig verwendete. Joachim Hirsch brachte später



einen ähnlichen Ansatz auf die Formel des »radikalen Reformismus«. Erik Olin Wright sprach von »symbiotischer Transformation«, Dieter Klein von »doppelter Transformation«.<sup>2</sup> Sie alle wollten und wollen revolutionäre Veränderung, die sich aber nur über längere Zeiträume abspielen kann. Alle sehen den Ursprung der Veränderung in der Gesellschaft und stellen den Staat nicht in den Mittelpunkt, sehen aber auch, dass diese Prozesse nicht nur an den bestehenden politischen Institutionen vorbei passieren können.

Wie steht es nun um die Rolle des Staates in der Transformation? Wir sehen den Staat weder als Institution, die schlicht den demokratischen Mehrheitswillen umsetzt, noch als bloßes Herrschaftsinstrument weniger Mächtiger, sondern als Konfliktfeld und Aushandlungsraum, in dem wirtschaftlich mächtige gesellschaftliche Kräfte ihre Interessen üblicherweise am besten durchsetzen können. Zudem handeln staatliche Institutionen nur in relativer Unabhängigkeit von Wirtschaftsinteressen. Sie sind letztlich zur eigenen Erhaltung darauf angewiesen, erfolgreiche Standortpolitik zu betreiben, also kapitalistischen Interessen gerecht zu werden und möglichst ideale Wachstumsbedingungen zu schaffen. Tun sie das nicht, versiegen Kreditquellen auf den Anleihenmärkten und Investitionen wandern ins Ausland ab. Geht infolgedessen die Wirtschaftsleistung zurück und gehen Arbeitsplätze verloren, droht auch die Abstrafung der Regierenden an der Wahlurne.<sup>3</sup>

Das legt die Hürden hoch, staatliche Akteur\*innen zu transformativem Handeln zu bringe. Uund dennoch beinhaltet transformative politische Arbeit diesseits revolutionärer Ereignisse auch,

- 
- 2 Siehe Kern, Bruno (2020). → Rosa Luxemburg. Ein Leben wider die Barbarei. *Weimarer Verlagsgesellschaft*, S. 23–34; Hirsch, Joachim (2013). Radikaler Reformismus. Zur Rolle des Staates in gesellschaftlichen Emanzipationsprozessen. In: Zelik/Tauss (Hg.). → *Andere mögliche Welten? VSA*, S. 95–107; Wright, Erik Olin (2017). → *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Suhrkamp*; Klein, Dieter (2013). → *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. VSA*
- 3 Siehe Poulantzas, Nicos (2002). → *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. VSA*; Hirsch, Joachim (2005). → *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. VSA*

politische Entscheidungsträger\*innen so zu beeinflussen, dass sie dennoch im Sinne der Transformation handeln. Knapp 30 Jahre UN-Klimaverhandlungen lehren uns, dass das nicht primär über die Kraft des besseren Arguments funktionieren wird, wenn mächtige Wirtschaftsinteressen unserem Transformationsanspruch entgegenstehen. Aber Veränderungen der gesellschaftlichen Stimmung mit einer stark organisierten Mehrheit können das unmittelbare Machtkalkül von Entscheidungsträger\*innen verändern. Wenn Entscheidungsträger\*innen tatsächlich selbst inhaltlich von unseren Ansätzen überzeugt sind, umso besser. Der Atomausstieg etwa wurde so von unten erkämpft und letztlich staatlich umgesetzt, wenn auch nicht in dem von der Bewegung geforderten Umfang und Tempo. Einige der Regierenden taten das aus Überzeugung, andere eher zum Zwecke ihrer Machtabsicherung.

Wir verstehen unsere Arbeit insofern nicht als Politikberatung, sondern als Unterstützung für transformative Akteur\*innen, die rebellisch-demokratisch handeln. Der Wandel geht von unten aus, aber Fortschritte müssen auf höheren politischen Ebenen abgesichert werden. Je erfolgreicher transformative Bewegungen sind, desto größere Unabhängigkeit erlauben sie auch gegenüber der Sachzwanglogik globaler Märkte und erweitern Handlungsspielräume für den weiteren Transformationsprozess.



## Degrowth: Für das gute Leben

Damit ist einiges über das WIE der Veränderung gesagt, aber noch wenig über das WAS: Wie soll dieses gute Leben aussehen, das über solch umkämpfte Transformationsprozesse erreicht werden kann? Tatsächlich wirkt sich unsere Antwort auch auf diese inhaltliche Frage wiederum auf unsere Transformationsstrategie aus.

Unsere Konzepte verfolgen stets einen Degrowth-Ansatz: Davon ausgehend, dass unendliches Wachstum auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen nicht möglich sein wird, wenden wir uns nicht nur gegen Ansätze, die bequemes »grünes Wachstum« durch Marktkräfte versprechen und bis auf technische Umstellungen alles beim Alten lassen wollen. Wir begegnen auch Ansätzen mit Skepsis, die zwar das System verändern wollen, aber dabei letztlich – ob in einem reformierten Kapitalismus oder in einem postkapitalistischen Wirtschaftssystem – auch darauf setzen, dass in einer »grünen« Wirtschaft immer mehr materieller Wohlstand im Sinne individuellen Konsums für alle möglich sein wird, wenn der nur gerecht verteilt wird. Solche Ansätze verbleiben häufig, ob sie es zugeben oder nicht, in einem nationalen und damit in letzter Konsequenz auch nationalistischen Rahmen, wenn sie eine nicht global verallgemeinerbare Lebensweise als Norm aufrechterhalten. Denn das setzt voraus, dass Länder wie Deutschland sich weiterhin überproportional viele Ressourcen aneignen, die Menschen anderswo dann nicht zur Verfügung stehen. Solche Ansätze stabilisieren damit auch den kapitalistischen Status Quo – denn es sind die Mechanismen des Weltmarkts, die technologischen Standortvorteile des Globalen Nordens und letztlich auch militärische Übermacht, die diese Ungleichverteilung von Ressourcen und Lebenschancen ermöglichen. Ulrich Brand und Markus Wissen haben dafür den Begriff der »imperialen Lebensweise« geprägt.<sup>4</sup> Wir wenden uns dagegen, den bequemsten Weg der klassischen Wohlstandssicherung für die deutsche Mehrheitsbevölkerung zu gehen, der ein Festklammern an den Überresten des Klassenkompromisses der Nachkriegszeit<sup>5</sup> – also an der fortgesetzten »imperialen Lebensweise« - bedeutet.

---

4 Brand, Ulrich und Markus Wissen (2017). → Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. *Oekom*

4 Gemeint ist der institutionell – über Wohlfahrtsstaatsmechanismen und Tarifierhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmer\*innenverbänden – abgesicherte Deal, nach dem ein großer Teil der lohnabhängig Beschäftigten ein Stück vom wachsenden Wirtschaftskuchen erhält und im Gegenzug die grundsätzliche Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen und die ausbleibende wirtschaftspolitische Mitbestimmung im Kapitalismus akzeptiert.

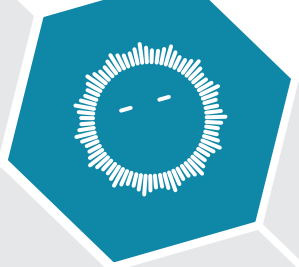
Wir können also nicht mit dem Versprechen arbeiten, dass »wir« in Zukunft alle in großen Einfamilienhäusern mit Elektroauto im Carport leben können, weil etwas mehr Umverteilung des Wirtschaftsprodukts eine rosige Zukunft für Alle ermöglichen würde. Wir kommen nicht umhin, die gesellschaftlichen Vorstellungen davon, was ein gutes Leben ausmacht, zu verändern. Das macht es natürlich ungleich schwerer, Mehrheiten zu gewinnen, verglichen mit dem bequemen Rückgriff auf unmittelbar anschlussfähige Vorstellungen des »guten imperialen Lebens«.

## Degrowth

Degrowth als Konzept ist das Ergebnis der Analyse, dass **das Streben nach Wirtschaftswachstum der Hauptgrund für ökologische Zerstörung und Ausbeutung ist**. Wir verstehen Degrowth demnach nicht einfach als Forderung, dass die Wirtschaft schrumpfen muss, sondern als eine Suchbewegung, die jenseits vom Wirtschaftswachstum ein **Gutes Leben für Alle** zum Ziel hat. Die Einhaltung der natürlichen Grenzen ist dabei genau so wesentlich wie eine globale Perspektive, denn es geht eben um ALLE – das schließt zukünftige Generationen genauso ein wie andere Gesellschaften auf diesem Planeten.

Mit dem Projekt »Bausteine für Klimagerechtigkeit« wollen wir dazu beitragen, die Wissensbasis zu konkreten Politiken der sozial-ökologischen Transformation zu erweitern. Dieses Buch richtet sich, unserer anfangs skizzierten Theorie des Transformation entsprechend, an Aktive in sozialen Bewegungen, an die interessierte Öffentlichkeit, an Journalist\*innen – aber auch an politische Entscheidungsträger\*innen, insbesondere auf kommunaler Ebene.

Wir sehen die »Bausteine für Klimagerechtigkeit« nicht als abgeschlossenen Maßnahmenkatalog oder politisches Programm. Vielmehr stehen sie exemplarisch für eine »revolutionäre Realpolitik«, die in einem breiten Transformationsprozess auch noch viele weitere Bausteine bzw. Schritte beinhalten muss. Einige Anhaltspunkte für solche Bausteine in weiteren gesellschaftlichen Themenfeldern, die wir im *Konzeptwerk* bearbeiten, finden sich in den kürzeren Kapiteln **ab Seite xx** zum Schluss dieses Buches. So freuen wir uns auch, dass von außen bereits verschiedene Wünsche an uns herangetragen wurden, weitere Bausteine zu verfassen. Auch wenn wir diese Anliegen derzeit nicht umsetzen können, möchten wir engagierte Menschen dazu ermuntern, Klimagerechtigkeitspolitik nach diesen Prinzipien auch für andere Bereiche zu durchdenken – und vor allem zu erstreiten bzw. wo möglich bereits anzuwenden!



# 2. Bausteine für Klimagerechtigkeit



# Bausteine des Transformations- prozesses

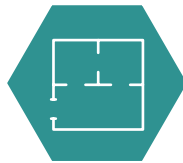
Die hier vorgestellten »Bausteine für Klimagerechtigkeit« sind der Versuch, eine Realpolitik jenseits von Wachstumswängen zu entwickeln: Es geht um Maßnahmen, die *sowohl* für mehr Klimagerechtigkeit sorgen *als auch* die Lebensqualität der Menschen im Hier und Jetzt verbessern können und vermehrt Freiräume jenseits kapitalistischer Wachstumswänge schaffen. Und doch werden sie nur durchsetzbar sein, wenn eine kritische Masse an Menschen veränderte Vorstellungen vom guten Leben entwickelt.

Autofreie Mobilität setzt zum Beispiel die Bereitschaft zur Abwendung vom Individualismus des Autoverkehrs voraus – und bietet dafür neben besserer Luft ein viel lebendigeres Stadtleben ohne ständige Unfallgefahr. Vergesellschafteter Wohnraum bricht mit dem Ideal des Wohneigentums als einziger Grundlage für ein sicheres Zuhause – und schafft stattdessen Sicherheit, die nicht an lebenslangen Leistungszwang zur Bedienung der Kredite gebunden ist, sondern auf gesellschaftlicher Solidarität gründet. Arbeitszeitverkürzung setzt auch bei weitgehendem Lohnausgleich voraus, dass Gewerkschaften ihre Verhandlungsmacht für freie Zeit statt für (absolut) mehr Lohn einsetzen – und so ihren Mitgliedern mehr Lebensqualität ermöglichen. Je mehr sich diese Ansätze verbreiten, je größere Freiräume geschaffen werden, desto stärker werden wiederum die Alltagserfahrungen der Menschen verändert und damit auch geltende Normen vom guten Leben nachhaltig verschoben.

Auch darum sind diese politischen Maßnahmen als Einstiegsprojekte so wichtig: Sie bringen Klimagerechtigkeit in den Bereichen voran, in denen dies nicht primär »Verzicht« voraussetzt – der schließlich auch in manchen gesellschaftlichen Bereichen unvermeidbar sein wird – sondern unmittelbar oder mittelbar zu einer Verbesserung von Lebensqualität führt. Das bedeutet nicht,

dass nicht auch hier erhebliche Widerstände zu erwarten wären, doch diesen steht zumindest potentiell das Eigeninteresse eines größeren Anteils der Menschen an positiver Veränderung entgegen. Dieses gilt es, in politisches Handeln zu übersetzen. Es geht also auch darum, die Möglichkeiten und Grenzen einer umfassenden Klimagerechtigkeitspolitik im deutschen Kontext auszutesten.

Für all dies möchten wir mit den Bausteinen eine Grundlage und einen Orientierungspunkt bieten. Acht Bausteine stellen wir in diesem Buch vor:



## Gerechte Wohnraumverteilung

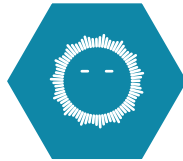
Die Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland nimmt kontinuierlich zu, dadurch werden Energieeinsparungen durch bessere energetische Standards zunichte gemacht. Daneben besteht der Trend einer zunehmend ungleichen Verteilung von Wohnfläche in Deutschland. Derzeit gibt es keine wirkungsvollen politischen Maßnahmen, die zu einer bedürfnisorientierten und suffizienten Verteilung von Wohnraum führen. Das liegt auch daran, dass die Profitinteressen von Immobiliengesellschaften und Finanzwirtschaft dem entgegenstehen. Wie dies durch eine Vergesellschaftung von Wohnraum verändert werden kann und welche Maßnahmen zur Reduzierung von Wohnfläche dann gemeinsam bedürfnisgerecht umgesetzt werden, zeigen wir in diesem Kapitel.





## Autofreie Städte

Unsere Städte wurden für Autos gebaut – mit gravierenden Folgen für das Leben der Stadtbewohner\*innen und -besucher\*innen. Mit mehr Fokus auf die Menschen bei der Stadtgestaltung können wir Lebensqualität, saubere Luft, Platz für Begegnung, Sicherheit und mehr Klimagerechtigkeit gewinnen. Dazu müssen wir die Zahl der Autos in Städten drastisch reduzieren. Doch dem stehen Machtinteressen der Autolobby und völlig veraltete Gesetze im Verkehrsrecht entgegen. Wie wir Deutschlands Städte trotzdem von Autos befreien können, haben wir in diesem Kapitel anhand konkreter Maßnahmen aufgezeigt.



## Energiepreise

Im Zuge der Energiepreissteigerungen haben wir versucht, transformative Wege aus der Krise aufzuzeigen, die ohne Schnellschussinvestitionen in neue fossile Energieinfrastrukturen wie LNG-Terminals auskommen. Im Mittelpunkt stehen progressive Tarifsysteme, in denen ein Grundrecht auf Energie für Haushalte über einen günstig zur Verfügung gestellten Grundbedarf verwirklicht wird. Zusätzlicher Energieverbrauch wird dagegen zunehmend teurer abgerechnet. Zudem diskutieren wir in diesem Kapitel andere kurz- und längerfristige Schritte an, wie die Verhinderung von Strom- und Gassperren, die Umverteilung von Krisenprofiten, die Drosselung nicht-lebensnotwendiger Industrieproduktion bei Engpässen sowie die Vergesellschaftung der Energieversorgung.



## Arbeitszeitverkürzung

Kollektive Arbeitszeitverkürzung (AZV) auf 28h und eine 4-Tage-Woche ist ein zentrales Element einer sozial-ökologischen Transformation. Durchgeführt bei vollem Lohnausgleich und mit Personalausgleich ist sie ein essentieller Beitrag zu Umverteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen. Die große Mehrheit der Bevölkerung würde von einer AZV profitieren, aber die Minderheit, die das nicht tut, hat mehr Macht. In diesem Kapitel zeigen wir, wie eine AZV ausgestaltet sein müsste, um den Menschen zu dienen, einen Schritt Richtung Klimagerechtigkeit zu leisten und wie sie umsetzbar wäre.



## Gerechte Bodenpolitik

Landwirtschaftliche Böden in Deutschland sind sehr ungleich verteilt, außerlandwirtschaftliche Investoren und Großbetriebe nehmen zunehmend Einfluss auf den Bodenmarkt. Das lässt die Preise steigen und führt zur Konzentration von viel Fläche in den Händen weniger, profitorientierter Akteure. Gerechte Bodenpolitik hat zum Ziel, den Bodenmarkt zu demokratisieren, die Bodenvergabe nach sozialen und ökologischen Konzepten zu fördern und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Im Mittelpunkt einer gerechten Bodenpolitik stehen dabei Maßnahmen, die die Rechte kapitalstarker Akteure begrenzen, eine stärkere Gemeinwohlorientierung unterstützen und dadurch den Weg in eine demokratische, vielfältige und zukunftsfähige Landwirtschaft ebnen.



## Sozial-ökologische Steuerpolitik

Aktuell ist das deutsche und internationale Steuersystem durch zahlreiche umweltschädliche Subventionen, Steuerprivilegien für Superreiche sowie Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher für große Konzerne ungerecht, klimaschädlich und demokratiegefährdend. Durch sozial-ökologische Steuerreformen können Ungerechtigkeiten abgebaut sowie ökologische Lenkungswirkungen und umverteilende Effekte gefördert werden. Steuern sind die Haupteinnahmequelle, um den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland zu finanzieren. Reiche und Unternehmen, die die Klimakrise im Besonderen verantworten, sollten stärker an den Kosten zu deren Bewältigung beteiligt werden.

Diese sechs »Bausteine für Klimagerechtigkeit« basieren auf Diskussionen in einer Reihe von Transformationswerkstätten, die im Laufe des Jahres 2022 stattfanden. Für jeden Baustein haben wir einen fachlich geeigneten Kreis an Expert\*innen aus Wissenschaft, Praxis, Politik, Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen zusammengebracht. Insgesamt waren 55 verschiedene Institutionen und Organisationen vertreten. Viele der Beteiligten haben auch Entwürfe gelesen und kommentiert, manche sich sogar an den Schreibprozessen beteiligt. Diese Bausteine finden sich als Dossiers zum Download und als Webversion aufgearbeitet auf der Webseite:

→ [www.knoe.org/bausteine-fuer-klimagerechtigkeit](http://www.knoe.org/bausteine-fuer-klimagerechtigkeit)

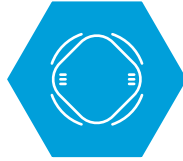
Erschienen sind sie unter einer Creative-Commons-Lizenz, die die freie Weiterverbreitung ausdrücklich erlaubt.



## Klimaschulden & Reparationen

Ein weiterer von uns geplanter Baustein hat bislang nicht zu einer Veröffentlichung geführt: Wir wollten uns darin im Sinne globaler Klimagerechtigkeit auch der Frage von Klimaschulden und Reparationen annehmen. »Klimaschulden« bezeichnet den Umstand, dass die frühindustrialisierten Länder ihren Wohlstand nicht nur über die Ausbeutung von Arbeitskraft und kolonialen Raub angehäuft haben, sondern eben auch über die Aneignung von Naturressourcen – etwa der Atmosphäre, in die über Jahrhunderte CO<sub>2</sub> ausgestoßen wurde. Diese Möglichkeit besteht für Länder des Globalen Südens jetzt nicht mehr, ohne sämtliche Kippunkte des Klimasystems zu überschreiten. Gleichzeitig sind es eben jene Länder, die die Folgen der Klimakrise bereits jetzt am härtesten zu spüren bekommen.

Im Austausch mit den Expert:innen, die wir zu unserer Transformationswerkstatt zur Vorbereitung des Bausteins über Klimaschulden und Reparationen eingeladen hatten, wurde erneut deutlich, dass es eine Spannung zwischen der vorherrschenden, sehr weißen Umweltbewegung und der Realität gibt, dass die Menschen, die sich am meisten um den Klimawandel sorgen, BIPOC sind. Als mehrheitlich weiße Organisation haben wir daher entschieden, zunächst keinen Baustein zum Thema zu veröffentlichen sondern dies mittelfristig in Zusammenarbeit mit BIPOC innerhalb und außerhalb des *Konzeptwerks* zu tun. Unserem Teammitglied Oumarou Mfochivé sind wir dankbar, dass er für dieses Buch einen ersten Ausblick auf das Thema verfasst hat.



## Soziale Garantien

Wir freuen uns außerdem, dass Ronald Blaschke und Werner Rätz sich vom Projekt inspiriert dazu entschieden haben, einen weiteren Baustein beizutragen: Grundeinkommen und Soziale Garantien. Diese befördern soziale Gleichheit und bringen soziale Sicherheit für alle durch eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sie ermöglichen demokratische Teilhabe, minimieren die Ängste vor den notwendigen Veränderungen und erhöhen die Bereitschaft für diese Veränderungen, die mit der sozial-ökologischen Transformation einhergehen müssen. Soziale und Beteiligungsgerechtigkeit sind wesentliche Voraussetzungen für ein Gelingen der sozialökologischen Transformation – im jedem einzelnen Land und weltweit.

Auf unserer Website haben wir zusätzlich ein Dossier veröffentlicht, das die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung aus Klimagerechtigkeitsperspektive kritisch aufarbeitet. Auch dieses Dossier zielt auf eine wichtige Leerstelle in aktuellen klimapolitischen Debatten ab, da der gegenwärtige Ausbau fossiler Infrastrukturen regelmäßig mit illusorischen Verweisen auf die spätere Umstellung dieser Infrastrukturen auf »grünen« Wasserstoff gerechtfertigt wird.

Das → [Wasserstoff-Dossier](#) steht damit exemplarisch für die notwendige Kritik an Scheinlösungen, die bis heute den Klimadiskurs stark prägen, und ist auf unserer Website verfügbar.